

Einleitung

Leo Roepert

Die Herrschaft des Nationalsozialismus, die im Zweiten Weltkrieg und im Massenmord an den europäischen Jüdinnen und Juden kulminierte, steht im Zentrum der historischen Erfahrung der theoretischen Strömung, die später unter dem Titel »Kritische Theorie« bekannt wurde. Sie geht zurück auf das 1923 von Felix Weil in Frankfurt am Main gegründete und seit 1931 von Max Horkheimer geleitete Institut für Sozialforschung (IfS), das eine Gruppe von Sozialwissenschaftlern versammelte, die sich der marxistischen Tradition verpflichtet fühlten und nach der russischen Oktoberrevolution und dem Sturz des Deutschen Kaiserreichs Hoffnungen auf eine soziale Revolution gehegt hatten. Die autoritären Tendenzen in der Arbeiterbewegung und der Aufstieg des Faschismus führten jedoch bald zu einer theoretischen Neuorientierung.

Kurz vor der nationalsozialistischen »Machtergreifung« emigrierte das Institut für Sozialforschung aus Deutschland. Im US-amerikanischen Exil stellte es die Untersuchung des Faschismus und der gesellschaftlichen Bedingungen, die ihn hervorgebracht hatten, in das Zentrum seines interdisziplinären Forschungsprogramms. Die Kritische Theorie verstand den Faschismus als Resultat der Krisentendenzen der kapitalistischen Produktionsweise und des Umschlags der aufklärerischen Vernunft in einen neuen Mythos, der im Antisemitismus seine destruktivste Gestalt annimmt. Ihre theoretischen Arbeiten thematisierten das neue Verhältnis von Politik und Ökonomie im autoritären Staat im Allgemeinen und im Nationalsozialismus im Besonderen, die immanenten Widersprüche der bürgerlichen Aufklärung und den daraus hervorgehenden Irrationalismus, die Wirkungsweise faschistischer Propaganda und die Sozialisationsbedingungen und Charakterstrukturen, die für diese anfällig machten. Nach der Rückkehr des IfS in das postnazistische Deutschland stand die Frage nach dem Fortwirken autoritärer Mentalitäten, aber auch nach den Mechanismen der Verdrängung und Schuldabwehr in der sogenannten »Vergangenheitsbewältigung« im Zentrum der theoretischen Bemühungen.

In den 1950er- und 1960er-Jahren erlangte die Kritische Theorie einen gewissen akademischen und öffentlichen Einfluss. Seit den 1970er-Jahren setzten sich jedoch zunehmend kommunikations- und anerkenntnistheoretische, pragmatisti-

sche und poststrukturalistisch beeinflusste Varianten der Kritischen Theorie durch, die sich von einem um das Kapitalverhältnis zentrierten Verständnis gesellschaftlicher Totalität und der Frage nach gesellschaftlich produzierter Irrationalität weitgehend verabschiedeten. Heute sind Ansätze, die an der originären Intention der Kritischen Theorie festhalten, im akademischen Betrieb weitgehend marginalisiert. In der gegenwärtigen Debatte über das Erstarken der extremen Rechten spielt die Kritische Theorie kaum eine Rolle.

Der Aufstieg der extremen Rechten und die Sozialwissenschaften

Das Erstarken der extremen und populistischen Rechten, das spätestens seit der Wahl Donald Trumps zum Präsidenten der USA im Jahr 2016 intensiv diskutiert wird, hatte einen historischen Vorlauf und ist nicht so plötzlich eingetreten, wie die verbreitete Rede vom »Rechtsruck« nahelegt. Bereits in den 1980er- und 1990er-Jahren konnten in Europa Parteien am rechten Rand des politischen Spektrums wie der Front National in Frankreich, die Lega Nord in Italien oder die FPÖ in Österreich Wahlerfolge verbuchen und waren teilweise an Regierungskoalitionen beteiligt. In Deutschland kam es nach der »Wiedervereinigung« zu Wellen neonazistischer und rassistischer Gewalt, auf die die Parteien der »bürgerlichen Mitte« mit einer drastischen Einschränkung des Asylrechts reagierten. Die folgenden Jahre waren von einer Normalisierung des Nationalismus und von rassistisch grundierten Debatten um Einwanderung, »Integration« und »Leitkultur« geprägt. Aus diesem gesellschaftlichen Klima ging auch der sogenannte Nationalsozialistische Untergrund hervor, der zwischen 2000 und 2007 zehn Menschen ermordete.

Gleichwohl lässt sich etwa seit Beginn der 2010er-Jahre eine Entwicklung von neuer Qualität feststellen. Das autoritäre Potenzial, das in verschiedenen Milieus und auf der Ebene von Einstellungen in fragmentierter und latenter Form bereits vorhanden war, wurde zunehmend politisiert, organisiert und öffentlich artikuliert. Die Parteien und Bewegungen der extremen Rechten gewannen an politischem Einfluss und kultureller Deutungsmacht. In Frankreich etwa verzeichnete der Front National, der sich später in Rassemblement National umbenannte, in den 2010er-Jahren deutliche Stimmengewinne bei den Parlaments- und Europawahlen. Marine Le Pen gelangte sowohl 2017 als auch 2022 in die zweite Runde der Präsidentschaftswahl, wo sie zwar beide Male dem Liberalen Emmanuel Macron unterlag, dabei jedoch beachtliche Stimmenanteile von 34 Prozent (2017) und 41,5 Prozent (2022) auf sich vereinen konnte. In Ungarn regiert seit 2010 die rechtspopulistische Fidesz-Partei unter Viktor Orbán, während zugleich die oppositionelle neofaschistische Jobbik-Partei regelmäßig zweistellige Wahlergebnisse erlangt. In Polen konnte die klerikal-nationalistische PiS-Partei zwischen 2015 und 2021 eine Alleinregierung stellen. In beiden Ländern wurde, begleitet von rassistischer und antisemitischer

Agitation, ein systematischer Abbau liberal-demokratischer Institutionen vorangetrieben.

2013 gründete sich die Alternative für Deutschland, die zunächst als Protestpartei gegen die »Euro-Rettungspolitik« der Bundesregierung auftrat, sich aber spätestens nach den Mobilisierungserfolgen der Pegida-Bewegung und dem Anstieg der Fluchtmigration im Jahr 2015 auf eine rassistische Agenda verlegte. 2017 zog die Partei mit einem Wahlergebnis von 12,6 Prozent in den Bundestag ein und hat sich seitdem immer weiter radikalisiert. Die nationalkonservativen und nationalliberalen Strömungen haben an Einfluss verloren, während die völkische, rassistische und antisemitische Agitation immer offener zutage tritt.

Im Vereinigten Königreich stimmte im Juni 2016 nach einer monatelangen nationalistischen Kampagne der UK Independence Party und von Teilen der Conservative Party eine knappe Mehrheit für den Austritt des Landes aus der Europäischen Union. Im selben Jahr setzte sich in den USA Donald Trump gegen den Widerstand des Parteiestablishments als Präsidentschaftskandidat der Republikaner durch und gewann schließlich, den Einschätzungen der meisten politischen Expert*innen zum Trotz, die Präsidentschaftswahl gegen die demokratische Kandidatin Hillary Clinton. Trumps Präsidentschaft war geprägt von einem gesellschaftspolitischen Rollback und einer Eskalation nationalistischer, rassistischer und verschwörungstheoretischer Rhetorik. In der Folge kam es zu einer beispiellosen Polarisierung der politischen Kultur, die sich vor allem darin zeigte, dass große Teile der Trump-Anhängerschaft seine Wahlniederlage von 2020 nicht anerkannten.

Obwohl sich die politischen Systeme vieler Demokratien bisher als verhältnismäßig stabil erwiesen haben und die Kräfte der »bürgerlichen Mitte« zum Teil verlorenes politisches Terrain zurückgewinnen konnten, ist ein Ende der autoritären Konjunktur nicht in Sicht. Die Debatten während der Corona-Pandemie, der Überfall Russlands auf die Ukraine und die neuerliche Zunahme der Fluchtmigration haben den rechtspopulistischen Parteien und den rechtsoffenen Querfront-Bewegungen weiteren Zulauf verschafft. Gegenwärtig sind in allen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union rechtsextreme oder -populistische Parteien in den Parlamenten vertreten; in sieben Ländern sind sie an der Regierung beteiligt. Für die Europawahlen 2024 werden den Rechtsparteien weitere Stimmenzuwächse prognostiziert (vgl. Deutschlandfunk 2023). Seit Oktober 2022 hat das politisch und ökonomisch einflussreiche Italien, in dem in den letzten Dekaden bereits die rechtspopulistische Lega immer wieder an Regierungen beteiligt war, mit Giorgia Meloni eine Ministerpräsidentin, deren Fratelli d'Italia sich offen zur Tradition des Faschismus bekennt. Die Alternative für Deutschland steht gegenwärtig in bundesweiten Umfragen bei Zustimmungswerten von 21 Prozent; sie ist inzwischen auch in den meisten westdeutschen Bundesländern fest etabliert und könnte nach aktuellen Prognosen bei den Landtagswahlen 2024 in Brandenburg, Thüringen und Sachsen stärkste Kraft

werden. In den USA hat Donald Trump aufgrund seiner nach wie vor großen Anhängerschaft gute Chancen, 2024 erneut zum Präsidenten gewählt zu werden.

Der Aufstieg und anhaltende Erfolg der extremen und populistischen Rechten hat eine breite sozialwissenschaftliche Diskussion nach sich gezogen und eine nahezu unüberblickbare Menge an Publikationen hervorgebracht. Bei aller Heterogenität der empirischen Befunde und theoretischen Erklärungsversuche lassen sich dabei bestimmte Grundtendenzen ausmachen (vgl. Roepert 2022a). Die *erste Tendenz* zeigt sich in einer Verschiebung der Begriffe. In den 1990er- und 2000er-Jahren war in der deutschsprachigen Forschung und in der Öffentlichkeit vor allem von Rechtsradikalismus und Rechtsextremismus die Rede, als deren Haupterscheinungsformen Kleinparteien wie die NPD und die Republikaner sowie gewalttätige neonazistische Jugendkulturen galten (vgl. Frindte et al. 2016). Zudem gab es empirische Untersuchungen wie die von Wilhelm Heitmeyer (Hg. 2002–2012) durchgeführten Langzeitstudien, die darauf aufmerksam machten, dass verschiedene Formen »gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit« weit über diese randständigen Milieus hinaus in der Bevölkerung verankert sind.

Mit der Zunahme rechter Wahlerfolge seit 2010 rückte der Begriff des Populismus ins Zentrum der Debatte. Der Begriff bringt dabei durchaus eine tatsächliche Veränderung zum Ausdruck, insofern die elektoral erfolgreichen neuen Rechtsparteien zumindest vordergründig auf einen biologischen Rassismus, offenen Antisemitismus und die Ablehnung der parlamentarischen Demokratie, welche neofaschistische und neonazistische Strömungen auszeichnen, verzichten und sich als (basis)demokratische Bewegungen zur Rettung der Nation inszenieren (vgl. Jörke/Selk 2017: 40f.). Zugleich neigt die am (Rechts)Populismusbegriff orientierte Forschung zu einer formalistischen Betrachtungsweise, die sich nur oberflächlich für die Inhalte der neuen rechten Weltanschauung, ihre Genese und Wirkungsmechanismen interessiert. Daher tendiert sie dazu, die Kontinuitäten und Gemeinsamkeiten von extremer und populistischer Rechten auszublenden oder zu unterschätzen. Der Rechtspopulismus erscheint hier primär als besondere Ausprägung des allgemeineren Phänomens Populismus, das wiederum häufig durch Merkmale wie eine affektiv aufgeladene Rhetorik, spektakuläre mediale Inszenierungsformen oder die Vereinfachung und Personalisierung politischer Sachverhalte bestimmt wird. Eine weitverbreitete Definition fasst den Populismus als »dünne Ideologie«, die sich durch die Gegenüberstellung von gutem Volk und korrupter Elite auszeichne (Mudde 2004; Mudde/Kaltwasser 2017; Müller 2016). Der völkisch-rassistische Gehalt der Vorstellung eines homogenen Volkes und die antisemitisch-konspirationistische Konnotation des Bildes von den »globalistischen« oder »kosmopolitischen Eliten« wird in weiten Teilen dieses Forschungsstranges nicht reflektiert (vgl. Roepert 2022b).

Das formalistische, »dünne« Populismusverständnis begünstigt eine *zweite Tendenz*, die darin besteht, wesentliche Elemente rechtspopulistischer Weltbilder zu

hypothesieren statt sie zu erklären. So lautet eine vielrezipierte These, der Aufstieg des Rechtspopulismus sei eine »kommunitaristische« Reaktion auf die Hegemonie »kosmopolitisch« orientierter Mittelschichten (vgl. Goodhart 2017; Inglehart/Norris 2016; Merkel 2017; Reckwitz 2017). Dieser Erklärungsansatz begnügt sich damit, makro-soziologische Faktoren für diese Entwicklung zu ermitteln, ohne jedoch die als »kommunitaristisch« etikettierten Vorstellungen von Tradition, Familie und Gemeinschaft selbst einer kritischen Reflexion zu unterziehen. Stattdessen wird die kommunitaristische Gegenbewegung – teilweise in direkter Übernahme des rechten Vokabulars – als »Islamkritik«, »Migrationskritik« und »Elitenkritik« verharmlost (vgl. bspw. Koppetsch 2019: 137). Bisweilen wird die populistische Anrufung eines homogenen Volkes demokratiethoretisch zu einem »nützliche[n] Korrektiv« (Decker 2017: 46) gegen vermeintliche Verkrustungen oder überbordende liberale Elemente der Demokratie aufgewertet. So wird etwa darauf hingewiesen, dass die Idee eines homogenen Allgemeinwillens schon immer zum Grundbestand moderner Demokratien gehört habe, was jedoch nicht zum Anlass genommen wird, sich kritisch mit dem Legitimationsmodus moderner Herrschaft auseinanderzusetzen (vgl. Jörke/Selk 2017: 51–90). Stattdessen wird Entwarnung gegeben und der Rechtspopulismus zur demokratischen Normalität erklärt (vgl. Beyme 2018). Oder aber die affektiv-irrationale Identifikation mit Kollektiven wird gleich zur Ontologie des Politischen erklärt und damit der kritischen Thematisierung entzogen (vgl. Mouffe 2017 und 2018).

Eine *dritte Tendenz* in der sozialwissenschaftlichen Debatte besteht darin, im Rechtspopulismus einen zwar fehlgeleiteten, im Kern aber rational motivierten Protest gegen vermeintliche Fehlentwicklungen der Gegenwartsgesellschaft wie Neoliberalismus, Globalisierung oder überbordende Migration auszumachen. Dabei wird den Anhänger*innen und zum Teil auch den Protagonist*innen des Rechtspopulismus eine von ihrem Selbstverständnis und ihren manifesten Äußerungen abweichende, tieferliegende Motivation zugeschrieben. So ist etwa die Ansicht weit verbreitet, die Unterstützung rechtspopulistischer Kräfte durch Teile der Arbeiterklasse sei ein Akt der »Notwehr« (Eribon 2016: 124), der daraus zu erklären sei, dass sozialdemokratische und linke Parteien sich immer mehr einem »progressiven Neoliberalismus« (vgl. Fraser 2017) zugewandt hätten, der eine mittelschichtsorientierte Identitätspolitik betreibe und die soziale Frage vergessen habe (vgl. Jörke/Nachtwey 2017). Einige entdecken selbst im Rassismus noch einen »rationalen klassenpolitischen Kern« (Dörre 2018: 60) oder behaupten, dass »Forderungen nach mehr Demokratie [...] auch in einem fremdenfeindlichen Vokabular artikuliert werden« können (Mouffe 2018: 76).

Bereits dieser knappe Überblick macht deutlich, dass weiten Teilen der sozialwissenschaftlichen Forschung das theoretische Verständnis fehlt, um die wesentlichen Elemente der extremen und populistischen Rechten wie Autoritarismus und Antiliberalismus, Rassismus, Antisemitismus, Antifeminismus und patriar-

chale Geschlechtervorstellungen adäquat zu fassen und in ihrer gesellschaftlichen Genese und Wirkungsweise zu erklären. Sie werden daher in der sozialwissenschaftlichen Beschreibung entweder schlicht reproduziert, durch ein inadäquates und verharmlosendes Vokabular heruntergespielt, zu einer bloß subjektiven Irrationalität psychologisiert oder aber rationalisiert, indem sie auf vermeintlich dahinterliegende ökonomische und politische Motive zurückgeführt werden.

Kritische Theorie der extremen Rechten

Wie lässt sich bei der Analyse der gegenwärtigen populistischen und extremen Rechten an die Tradition der Kritischen Theorie anknüpfen? Die Kritische Theorie hat sich nie als fertiges System zeitlos gültiger Aussagen verstanden, sondern hat im Gegenteil stets ihren »Zeitkern« betont. Ein Anknüpfen an diese Tradition kann demnach nicht darin bestehen, die von ihr erarbeiteten Begriffe und Denkmodelle einfach auf aktuelle Kontexte und Phänomene »anzuwenden«. Vielmehr sollte es darum gehen, die tradierten Theorien im Lichte der veränderten gesellschaftlichen Totalität zu reflektieren und weiterzuentwickeln, sie zu modifizieren oder aber zu verwerfen, wenn sie sich als überholt erweisen.

Gleichwohl sollten grundlegende Einsichten der Kritischen Theorie bewahrt werden. Wie bereits angesprochen, erfolgte die politische und theoretische Prägung der späteren Mitglieder des IfS in der Phase des Ersten Weltkriegs und der frühen Weimarer Republik. Die meisten von ihnen hatten einen philosophischen und geisteswissenschaftlichen Hintergrund, waren durch Berührung mit marxistischen und kommunistischen Ideen politisiert worden und verbanden mit der russischen Oktoberrevolution und den Klassenauseinandersetzungen in Deutschland nach dem Ende des Kaiserreichs die Hoffnung auf eine soziale Revolution (vgl. Jay 1991: 21–61; Voller 2022). Zugleich beobachtete man im Laufe der 1920er-Jahre die autoritäre Wendung des Sowjetstaates und der kommunistischen Bewegungen insgesamt, die Ausdifferenzierung der Klassenstrukturen und eine Integration des Proletariats durch sozialdemokratische Politik und kapitalistische Massenkultur. Teile der Arbeiterklasse erwiesen sich zudem als empfänglich für autoritäre Propaganda. In der Herausbildung der Kritischen Theorie führten diese Erfahrungen schrittweise zu einer politischen Distanzierung vom staats- und parteioffiziellen orthodoxen Marxismus und zu einer theoretischen Kritik seiner Grundannahmen auf mehreren Ebenen (vgl. Jay 1991: 63–111; Voller 2022: 31–120).

Festgehalten wurde an einem von Hegel und Marx geprägten Verständnis von Gesellschaft als Totalität und an der These, dass diese wesentlich durch die kapitalistische Produktionsweise strukturiert ist. Allerdings wurde diese gesellschaftliche Totalität in verschiedenen Hinsichten neu und zunehmend negativ bestimmt. Man verabschiedete sich von der marxistischen Geschichtsphilosophie, der zufolge die

Krisen- und Verelendungstendenzen des Kapitalismus notwendigerweise zur Herausbildung des Proletariats als revolutionärem Subjekt führen würden und damit von der Erwartung einer durch den Geschichtsverlauf begünstigten, durch die Entwicklung der Produktivkräfte quasi automatisch hervorgebrachten gesellschaftlichen Revolution. Stattdessen gelangte man immer deutlicher zu der Einsicht, dass die bürgerliche Gesellschaft in ihrer Krise autoritäre Stabilisierungsmechanismen und irrationale Bewusstseinsformen hervorbringt. Das zentrale Bemühen der Kritischen Theorie bestand in der Folge darin, diesen Umschlag der bürgerlichen in eine autoritäre Ordnung in den verschiedenen Sphären der Ökonomie, der Politik, des Subjekts und seiner Ideologien und Bewusstseinsformen theoretisch nachzuvollziehen. Es lassen sich gegenüber dem zeitgenössischen orthodoxen Marxismus drei grundlegende Verschiebungen in der Bestimmung gesellschaftlicher Totalität herausstellen.

Eine *erste* Neubestimmung betrifft das Verhältnis von Staat und kapitalistischer Ökonomie, wobei die im IfS entwickelten Überlegungen dazu alles andere als einheitlich waren. Eine theoretische Auseinandersetzung gab es vor allem zu den Fragen, wie sich der Nationalsozialismus auf den Begriff bringen lässt und wie er aus den gesellschaftlichen Tendenzen der Epoche erklärt werden kann (vgl. Dubiel/Söllner 1981). Während etwa Franz Neumann (2004 [1942]) den Nationalsozialismus als Variante des Monopolkapitalismus und damit als Fortsetzung bereits länger bestehender politischer und ökonomischer Tendenzen deutete, vertrat Friedrich Pollock (1981 [1941]a) die These, dass sich der Kapitalismus vom Liberalismus über die Zwischenstufe des Monopolkapitalismus hin zum Staatskapitalismus entwickelt habe. Pollock (1981 [1941]b) begreift den Nationalsozialismus demnach als eine »neue Ordnung«, die sich durch einen Primat der Politik über die Ökonomie auszeichnet. Der freie Markt sei durch staatliche Planung abgelöst; es komme zu einer »Ersetzung des Gewinnmotivs durch das Machtmotiv« (Pollock 1981 [1941]a: 88). Die vermittelten Herrschaftsbeziehungen, die den liberalen Kapitalismus ausgezeichnet hatten, seien durch direkte Formen von Herrschaft abgelöst worden. Der Nationalsozialismus sei daher frei von inneren Widersprüchen und Krisentendenzen; er erscheint als unverwüstlicher Monolith, der nur von außen besiegt werden könne. Demgegenüber betonte Franz Neumann die innere Heterogenität und die ständigen Konflikte, weshalb er den Nationalsozialismus als »einen Unstaat, ein Chaos, einen Zustand der Gesetzlosigkeit, des Aufruhrs und der Anarchie« charakterisierte (Neumann 2004 [1942]: 16).

Max Horkheimer und Theodor W. Adorno folgten Pollocks Deutung und sprachen von einer zunehmenden »Liquidation der Ökonomie« (Adorno 2003 [1942]: 385). Im Gegensatz zur Naturwüchsigkeit der liberalen Ordnung zeichne sich die autoritäre, so Adorno, durch »das Selbstbewußtsein des Systems von den Bedingungen seiner Perpetuierung« (ebd.: 386) aus. Der zum Faschismus tendierende Kapitalismus etabliere eine scheinbar »klassenlose Gesellschaft der Autofahrer,

Kinobesucher und Volksgenossen« (ebd.: 377). In dieser würden die Verelendungstendenzen des liberalen Kapitalismus zwar abgefedert, allerdings um den Preis einer totalen Integration in das System. Die Anpassung an Herrschaft erscheine den Individuen rationaler als die Solidarität mit anderen Ausgebeuteten. In einer solchen scheinbaren »Abschaffung der Klassen kommt die Klassenherrschaft zu sich selber.« (ebd.: 381) In ähnlicher Weise charakterisiert Horkheimer den Faschismus als Herrschaftsform, die auf der Unterwerfungsbereitschaft der Massen, aber auch auf offenem Terror und Zwang und der Steigerung der instrumentellen Rationalität technologischer Herrschaftsmittel basiere (vgl. Horkheimer 1990 [1947] und 2009 [1939]).

Wie auch immer man die theoretische Kontroverse innerhalb des IfS um das Wesen des autoritären Staates im Einzelnen beurteilt: eine Kritische Theorie der gegenwärtigen extremen Rechten hätte die Frage zu beantworten, wie sich das Verhältnis von politischer und ökonomischer Sphäre in der Totalität des heutigen globalisierten Kapitalismus darstellt. Es wäre zu reflektieren, dass die Gegenwartsgesellschaften – in unterschiedlicher Weise – Elemente des autoritären Staates inkorporiert haben. Im Gegensatz zur liberalen Epoche setzt der Staat heute nicht mehr nur den rechtlichen Rahmen für den ökonomischen Prozess und greift bei sozialen Verwerfungen nicht bloß nachträglich ein, sondern beeinflusst aktiv die sozialen und ökonomischen Voraussetzungen der Kapitalakkumulation. Er verfügt, etwa mit den Zentralbanken, über Institutionen, um in das ökonomische Geschehen einzugreifen und Krisenentwicklungen abzuschwächen oder zu verhindern. Die Globalisierung des Kapitals in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts erfolgte wesentlich durch die Vermittlung staatlicher und suprastaatlicher wirtschaftspolitischer Institutionen wie den Internationalen Währungsfonds, die Weltbank, die Europäische Union und internationale Handelsabkommen. Der gegenwärtigen extremen und populistischen Rechten geht es daher nicht darum, politische Institutionen zur autoritären Bearbeitung kapitalistischer Widersprüche erstmals durchzusetzen, sondern sie reagiert auf die Art und Weise, wie die bereits bestehenden politischen Mechanismen an dieser Bearbeitung scheitern.

Eine zweite wesentliche Neuerung, die mit der Entwicklung der Kritischen Theorie einhergeht, ist die Betonung des eigenständigen Stellenwerts von Kultur, von Ideologien und Bewusstseinsformen. Sie ist sowohl auf die geisteswissenschaftliche Prägung vieler Institutsmitglieder als auch auf die Erfahrung der Herausbildung einer neuen Massenkultur zurückzuführen, die in Horkheimers und Adornos *Dialektik der Aufklärung* (2008 [1947]) auf den Begriff der »Kulturindustrie« gebracht wird. Die Kritische Theorie hält an Marxschen Grundeinsichten über die Formen falschen Bewusstseins, die etwa mit den Begriffen der Ideologie und des Fetischismus verbunden sind, fest. Aufgekündigt wird jedoch das im orthodoxen Marxismus vorherrschende mechanistische Basis-Überbau-Modell und die Reduktion von Ideologie auf Herrschaftslegitimation. An ihre Stelle tritt eine differenzierte Analyse von

kulturellen Artefakten und Bewusstseinsphänomenen, die diesen einen eigenständigen Einfluss auf die gesellschaftliche Totalität zuspricht.

So setzte sich die Kritische Theorie, um den Faschismus und seine Vorgeschichte zu begreifen, mit den unterschiedlichen irrationalistischen Strömungen in Kunst und Philosophie, etwa mit der Lebensphilosophie und der Fundamentalontologie auseinander. Bemerkenswert ist dabei, dass diese Strömungen weder als Verschleierung ökonomischer und politischer Interessen noch als Produkte eines bloß subjektiven Irrationalismus verstanden werden, sondern in ihren widersprüchlichen Momenten aus der historischen und gesellschaftlichen Konstellation begriffen werden, aus der sie hervorgegangen sind. So werden etwa Nietzsche und Spengler von Horkheimer und Adorno nicht nur als Vorboten des Faschismus interpretiert, sondern zugleich als Symptome eines bürgerlichen Krisenbewusstseins, in dem sich eine Kritik der Entfremdung mit der Apologetik von Herrschaft verschränkt (vgl. Adorno 2003 [1950]; Horkheimer/Adorno 2008 [1947]).

Der zentrale Stellenwert von Kultur und Bewusstsein zeigt sich aber auch in der Auseinandersetzung mit dem geschichtlichen Prozess der Aufklärung und dem Begriff der Vernunft. In den geschichtsphilosophischen Arbeiten insbesondere Adornos und Horkheimers wird der Versuch unternommen, die Irrationalität und Destruktivität der Epoche, die im Faschismus ihren extremsten Ausdruck findet, aus den Widersprüchen und dem blinden Fortschreiten der naturbeherrschenden Vernunft selbst zu verstehen. »Die neue faschistische Ordnung«, so Horkheimer (1987 [1970]: 348), »ist die Vernunft, in der Vernunft selber als Unvernunft sich enthüllt«. Der Totalitarismus sei in der Dialektik der Aufklärung angelegt. In der bisherigen Geschichte sei jeder Fortschritt in der Naturbeherrschung durch bewusste Selbstbeherrschung erkaufte gewesen und habe daher immer neue Formen von gesellschaftlicher Herrschaft hervorgebracht. Der Faschismus instrumentalisiere die »Rebellion der unterdrückten Natur gegen die Herrschaft« (Horkheimer/Adorno 2008 [1947]: 194) für seine Zwecke. Das gilt insbesondere für den Antisemitismus, der in der Kritischen Theorie als zentrales Element des Nationalsozialismus wie der autoritären Mentalität im Allgemeinen erkannt wird.¹ Nicht umsonst stehen die Reflexionen über die »Elemente des Antisemitismus« am Ende der *Dialektik der Aufklärung*: der Antisemitismus ist vorläufiger Endpunkt des Umschlags von Aufklärung in Mythos. Jüdinnen und Juden erscheinen im Antisemitismus als Gegenprinzip zur arischen Rasse und Volksgemeinschaft, dem durch

1 Angesichts des jüdischen Hintergrundes der meisten Institutsmitglieder und der zentralen Stellung, die die Untersuchung des Antisemitismus in der späteren Entwicklung der Kritischen Theorie einnimmt, ist es erstaunlich festzustellen, dass er in der Entstehungsphase der 1930er-Jahre noch kaum eine Rolle spielt (vgl. Jay 1991: 51ff., 165, 196). Erst mit Horkheimers Aufsatz *Die Juden und Europa* (Horkheimer 2009 [1939]) rückt er ins Zentrum der theoretischen Aufmerksamkeit.

Opferbereitschaft und Aufgabe der bürgerlichen Verkehrsformen konstituierten Kollektiv. Sie stehen für die gesamte Destruktivität der bürgerlichen Gesellschaft und werden zur Projektionsfläche sowohl für die aggressiven Impulse wie für die Glücksbedürfnisse, die sich das autoritäre und faschistische Subjekt verbieten muss.

In den geschichtsphilosophischen Arbeiten der Kritischen Theorie wird sichtbar, wie Destruktivität und Irrationalismus aus der herrschenden Rationalität selbst hervorgehen. Faschismus als deren extremste Ausprägung ist nicht das Andere der bürgerlichen Gesellschaft, kein historischer Unfall, sondern das Resultat ihrer blinden, krisenhaften Entfaltung. Problematisch an dieser geschichtsphilosophischen Perspektive ist gleichwohl, dass bisweilen von der Spezifik der historischen und gesellschaftlichen Entwicklungen, die zum Faschismus und speziell zum Nationalsozialismus geführt haben, abstrahiert wird. Speziell die *Dialektik der Aufklärung* entwirft eine negative Ursprungsphilosophie, in der der Nationalsozialismus als mehr oder weniger direkte Folge eines allgemeinen destruktiven Zivilisationsprozesses erscheint.

Bei einer Weiterführung der Kritischen Theorie wäre die geschichtsphilosophische Reflexion aufzunehmen, dabei aber stärker an konkrete soziologische und polit-ökonomische Analysen zurückzubinden. Dann ließe sich durchaus sagen, dass sich heute der Umschlag von Aufklärung in Mythos auf einer neuen historischen Stufenleiter wiederholt. Das bürgerliche Bewusstsein hatte lange Zeit die Überwindung von Krieg und Totalitarismus durch den globalen Siegeszug von Demokratie und Marktwirtschaft als Fortschritt gefeiert, steht aber heute weitgehend ratlos vor der »Wiederkehr« autoritärer Politik. Demgegenüber wäre mit der Kritischen Theorie zu betonen, dass die Durchsetzung liberaler Demokratie mit ihren realen Freiheitsgewinnen in der Nachkriegszeit zugleich die Rekonstitution und zunehmende Verinnerlichung des kapitalistischen Sachzwangs und der mit ihm verknüpften ökonomischen, patriarchalen und rassistischen Herrschafts- und Ungleichheitsverhältnisse bedeutet hat. Erst wenn man die Widersprüche und Krisenpotenziale dieser Ordnung begreift, lässt sich erklären, warum der gesellschaftliche Fortschritt heute die konformistische Revolte hervortreibt.

Eine *dritte* theoretische Neuerung, die eng mit der Neubestimmung des Verhältnisses von Politik und Ökonomie und der Betonung der gesellschaftlichen Wirkungsmacht des falschen Bewusstseins zusammenhängt, ist die Neubestimmung des Subjekts in seinem Verhältnis zur Gesellschaft. Um den Konformismus und die Anfälligkeit von Teilen der Arbeiterklasse für autoritäre Weltanschauungen erklären zu können, musste die marxistische Subjektvorstellung, der zufolge Menschen nach ihren klassenmäßig bestimmten ökonomischen Interessen handeln, revidiert werden. Das führte zur Einführung der Psychoanalyse in die Gesellschaftstheorie. Ohne eine Psychologie des Unbewussten konnte das Festhalten an heteronomen gesellschaftlichen Verhältnissen und die faschistische Bereitschaft, die eigene Individua-

lität und das eigene Leben dem Kollektiv zu opfern, nicht verstanden werden. Die Bemühungen um die Integration der Psychoanalyse in die Gesellschaftstheorie reichen von Erich Fromms frühen programmatischen Aufsätzen zur Begründung einer analytischen Sozialpsychologie in der Zeitschrift für Sozialforschung über Adornos und Leo Löwenthals (1982 [1949]) psychoanalytisch orientierte Analysen empirischer Interviews und Propagandamaterialien bis hin zu zahlreichen theoretischen Beiträgen, die das Verhältnis von Individuum und Gesellschaft mittels eines psychoanalytisch inspirierten Subjektbegriffs zu fassen versuchen.

Das bekannteste und bis heute meistrezipierte Produkt der Bemühung, mithilfe der Psychoanalyse die Anfälligkeit des Subjekts für autoritäre Weltanschauungen zu erklären, ist die theoretische Figur des autoritären Charakters, die maßgeblich durch die Arbeiten Erich Fromms (1989 [1932]a; 1989 [1932]b; 1989 [1936]) vorbereitet, ihre bekannteste Fassung aber in den *Studien zum autoritären Charakter* (Adorno 1995 [1950]) gefunden hat. Der Autoritäre Charakter, das »*potentiell faschistische Individuum*« (ebd.:1), zeichnet sich durch eine Gleichzeitigkeit von autoritärer Unterwürfigkeit und autoritärer Aggression aus. Er identifiziert sich blind mit gesellschaftlichen Konventionen und Autoritäten und lenkt seine Aggressionen und Frustrationen, die aus der Unterwerfung unter den gesellschaftlichen Zwang stammen, auf Außenseiter und Fremde.

Die Figur des Autoritären Charakters wurde in den Sozialwissenschaften breit rezipiert. Es gab unterschiedliche Ansätze, das Konzept theoretisch weiterzuentwickeln und für empirische Untersuchungen fruchtbar zu machen (vgl. etwa Decker et al. 2010; Decker/Brähler 2018). Auch wenn die Rezeption der Kritischen Theorie in den aktuellen Debatten um den »Rechtsruck« insgesamt randständig ist, tauchen immer wieder Referenzen auf die Theorie des Autoritären Charakters auf. Das Problem ist allerdings, dass diese Bezugnahmen zumeist oberflächlich und selektiv ausfallen und die Figur des Autoritären Charakters dabei aus ihrem gesellschaftstheoretischen Kontext herausgelöst wird. Dabei muss betont werden, dass diese einseitige Rezeption durch die Studien selbst begünstigt wird, da diese einen stark subjektivistischen Einschlag haben, was darauf zurückzuführen ist, dass man versuchte, den marxistischen Hintergrund des IfS vor der amerikanischen Öffentlichkeit zu verbergen. Zudem wurden die Studien nicht vom IfS allein durchgeführt, sondern in Kooperation mit Mitgliedern der Stanford University, von denen die meisten liberal eingestellt waren und eine konventionelle Form der empirischen Sozialforschung vertraten. Die heutigen Adaptionen sind in der Regel von allen gesellschaftstheoretischen und psychoanalytischen Grundlagen bereinigt; der Autoritäre Charakter wird zum Baustein einer Vorurteilsforschung, die in ihrem methodologischen Individualismus Phänomene wie Rassismus, Antisemitismus und patriarchale Geschlechtervorstellungen als voneinander isolierte Vorurteilskomplexe ohne Verbindung zu gesellschaftlichen Strukturen auffasst.

Eine Aktualisierung der Überlegungen zum Autoritären Charakter, die deren originärer Intention verpflichtet ist, müsste sich demgegenüber darum bemühen, sie wieder an eine gesellschaftstheoretische Analyse zurückzubinden, die das veränderte Verhältnis von Individuum und Gesellschaft in den Blick nimmt. Dabei wäre der Formwandel bürgerlicher Subjektivität mitsamt seinen Konsequenzen für die Gültigkeit der Psychoanalyse zu reflektieren. Neuere soziologische Subjekttheorien diagnostizieren oftmals eine Entbindung der Individuen von gesellschaftlichen Normen und zeichnen das Bild selbstverantwortlicher und hyperindividualisierter, »singularisierter« Subjekte, das in einem scharfen Kontrast zur Figur des Autoritären Charakters zu stehen scheint (vgl. Reckwitz 2017). Selbst Ansätze, die sich auf die Kritische Theorie beziehen, kritisieren dann vor allem dessen negatives Freiheitsverständnis und die mangelnde Akzeptanz kollektiver Werte (vgl. Amlinger/Nachtwey 2022). Dagegen wäre mit der Kritischen Theorie herauszuarbeiten, inwiefern im individualisierten postmodernen Subjekt eine Verinnerlichung gesellschaftlicher Zwänge zum Ausdruck kommt.

Überblick über die Beiträge

Der vorliegende Sammelband ist aus der Überzeugung entstanden, dass die Tradition der Kritischen Theorie für ein adäquates Verständnis der gegenwärtigen extremen Rechten unverzichtbar ist. Er vertritt das doppelte Anliegen, an die Kritische Theorie zu erinnern und sie zugleich weiterzuentwickeln. Die Beiträge knüpfen in unterschiedlicher Weise an die Arbeiten des Instituts für Sozialforschung über Faschismus und Autoritarismus an. Bei einigen steht die Rekonstruktion der in den klassischen Texten vorliegenden Theorien im Vordergrund, andere bemühen sich um eine Weiterentwicklung der Kritischen Theorie und untersuchen davon ausgehend unterschiedliche Aspekte der gegenwärtigen extremen Rechten.

Helge Petersen und Alexander Struwe eröffnen mit einem Überblick über die zentralen Einsichten des frühen Instituts für Sozialforschung zu den gesellschaftlichen Entstehungsbedingungen des Faschismus. Ausgangspunkt ist eine Problematik der aktuellen Debatte: Es bestehe die Tendenz, die Unterstützung regressiver Bewegungen entweder zu rationalisieren, indem man sie auf objektive Klasseninteressen zurückführt, oder aber zum Ausdruck eines irrationalen Bedürfnisses nach kollektiven Identitäten zu erklären. Demgegenüber biete die Kritische Theorie einen alternativen Ansatz, dessen Aktualität weniger auf der Übertragbarkeit einzelner Befunde, sondern auf den gesellschafts- und subjekttheoretischen Grundannahmen beruht. Ihr Begriff der Totalität reflektiere die Durchdringung aller Lebensbereiche durch Warentausch und staatliche Verwaltung und bringe die diesem System innewohnenden unpersönlichen Zwangsmechanismen zum Ausdruck. Der Rückgriff auf die Psychoanalyse erlaube es, die ambivalenten Ge-

fühlsregungen zu verstehen, welche der gesteigerte Zwang zum Triebverzicht im Subjekt erzeugt. Die rechte Agitation sei erfolgreich, weil sie dieses Unbehagen ausbeute und verstärke, indem sie dem Subjekt einerseits Bilder eines mächtigen und harmonischen Kollektivs anbiete, die die reale Ohnmacht kompensieren, und andererseits Feindbilder konstruiere, an denen angestaute Aggressionen ausagiert werden können, ohne an deren gesellschaftliche Ursachen zu rühren.

Der Beitrag von JustIn Monday knüpft an die gesellschaftstheoretischen und geschichtsphilosophischen Überlegungen der Kritischen Theorie an, die im Gegensatz zu den subjekt- und ideologiekritischen eher selten rezipiert werden. Da die »Neue Rechte« weltweit nahezu gleichzeitig erstarkt sei, müsse ihre Erklärung von einer allgemeinen gesellschaftlichen Krise ausgehen und auch das Verhältnis zu anderen politischen Strömungen mit einbeziehen. Die Verbreitung von Mythen über »Identität« und »Souveränität« in der »bürgerlichen Mitte« sei nicht, wie diskursanalytische Ansätze behaupten, der geschickten Diskursstrategie rechter Kulturkämpfer geschuldet, sondern verweise auf ein Krisenbewusstsein, das die »Mitte« selbst erfasst. Im Gegensatz zum historischen Faschismus, dessen rassenbiologische Zuchtfantasien die absolute Verfügung des Staates über das Individuum imaginierten, erscheint im Phantasma der »Identität« die Übereinstimmung des Individuums mit den gesellschaftlichen Anforderungen als immer schon gegeben oder soll durch die »Souveränität« des Staates herstellbar sein. Weil dieses Denken zugleich die gesellschaftliche Krise leugne, scheine das staatliche Handeln, das auf ihre Eindämmung zielt, anderen Zwecken zu dienen. So entstehe das Wahnbild, dass die eigene »Identität« zunehmend von einer Verschwörung der »Eliten« und von »Fremden« untergraben wird.

Emanuel Kapfinger fragt nach der »Gegenwart des faschistischen Subjekts«. In der aktuellen Forschung werde zu wenig zwischen den verschiedenen Strömungen und Eskalationsgraden innerhalb des rechten Spektrums unterschieden. Obwohl es heute neben autoritären Kräften auch faschistische Akteure gebe und das Potenzial einer weiteren Faschisierung bestehe, arbeiten viele Erklärungsansätze lediglich mit dem Konzept des Autoritarismus, während ein Verständnis der spezifischen Dimension des Faschismus fehle. Zudem gäbe es in diesen Erklärungsansätzen gegensätzliche Erklärungsmodi, wie anhand des Ansatzes von Wilhelm Heitmeyer und der *Studien zum autoritären Charakter* herausgearbeitet wird. Ersterer interpretiere die Entwicklung der extremen Rechten als eine Reaktion auf gesellschaftliche Krisentendenzen, letztere führe sie auf eine ansozialisierte Charakterdisposition zurück. Im zweiten Teil arbeitet Kapfinger ausgehend von Ernst Noltes Faschismusbegriff und in kritischer Auseinandersetzung mit Martin Heideggers Fundamentaltologie und den »Elementen des Antisemitismus« von Adorno und Horkheimer eine Theorie des faschistischen Subjekts aus, die eine differenziertere Analyse der extremen Rechten ermöglichen soll. Während das autoritäre Subjekt in der Krise versuche, seine Identität an einem imaginierten Kollektiv aufzurichten, bestehe

die Krisenreaktion des faschistischen »subjektlosen Subjekts« darin, seine Identität aufzugeben.

Ulrike Marz untersucht in ihrem Beitrag die Bedeutung, die der Berufung auf Meinung und Meinungsfreiheit im heutigen Rechtspopulismus zukommt. Ausgehend von Adornos Aufsatz *Meinung Wahn Gesellschaft* werden zunächst psychologische, epistemologische und gesellschaftstheoretische Aspekte des Begriffs der Meinung differenziert. Das begründungslose Beharren auf der Gültigkeit von Meinungen beruhe auf ihrer affektiven Besetzung. In undurchdringlichen gesellschaftlichen Verhältnissen werden sie zur Stütze von Identität und zum Ersatz für Erkenntnis. Abzugrenzen sei Meinung von anderen Gestalten falschen Bewusstseins wie Ideologie, die sich durch ihre Wahrheitsansprüche immanent kritisieren lässt, und »Halbwahrheit« (Nicola Gess), welche die Unterscheidung von wahr/unwahr aushebelt. In einem zweiten Schritt wird der Begriff der Meinung mit Jürgen Habermas' aktuellen Überlegungen zu einem neuen Strukturwandel der Öffentlichkeit verbunden. Am rechtspopulistischen Diskurs über Meinungsfreiheit und »Cancel Culture« wird aufgezeigt, wie darüber rassistische Äußerungen legitimiert und gegen Kritik und Widerspruch immunisiert werden.

Ausgehend von der Feststellung, dass Verschwörungserzählungen wesentlicher Bestandteil rechter Weltanschauungen sind, arbeitet Jan Weyand anhand der Analyse der Ausführungen über politische Eliten im AfD Wahlprogramm, von Renaud Camus' *Revolte gegen den großen Austausch* und Alexander Dugin's *Das grosse Erwachen gegen den Great Reset* zentrale Strukturmerkmale des Verschwörungsgedenkens heraus. Verschwörungserzählungen gehen davon aus, dass sich gesellschaftliche Entwicklungen, die dem eigenen Kollektiv schaden, auf das konspirative Handeln einer mächtigen Gruppe zurückführen lassen. Auf diese Weise würden soziale Prozesse durch Personalisierung verstehbar gemacht. Zugleich erfolge eine Feindbestimmung, die eine Lösung für die Probleme anbiete. Um die Empfänglichkeit für Verschwörungstheorien zu erklären, könne an die Erkenntnisse der frühen Kritischen Theorie, insbesondere an den Begriff der pathischen Projektion, angeknüpft werden.

Sandra Rokahr untersucht am Beispiel des YouTube Influencers Heiko Schrang die Kommunikation und Wirkungsweise von Verschwörungs-Esoterik. Zunächst werden zentrale Erkenntnisse der Autoritarismus-Forschung sowie der kultur- und medientheoretischen Arbeiten der Kritischen Theorie rekapituliert und ihre Bedeutung für die Analyse rechter Agitation im Internet herausgestellt. Ergänzend wird die Tiefenhermeneutik nach Alfred Lorenzer als ein Analyseverfahren vorgestellt, das es ermöglicht, die latenten Bedeutungsgehalte kommunikativer Erzeugnisse zu dechiffrieren. Anhand der tiefenhermeneutischen Interpretation eines YouTube-Videos von Schrang wird herausgearbeitet, wie dessen Aussagen und Selbstdarstellung jenseits ihres manifesten Inhalts affektive Wirkungen entfalten. Schrang stelle eine Verbindung zu seinem Publikum her, indem er ihm Einblicke in die von Me-

dien und Politik verschleierte Wahrheit über das Weltgeschehen verspricht, halte es durch irritierende und angstausslösende Kommunikation aber zugleich in einer ohnmächtigen und ihm gegenüber abhängigen Position. Abschließend wird anhand einer medientheoretischen Reflexion der Figur der Influencers diskutiert, wie sich die Logik der Agitation mit den Mechanismen der Aufmerksamkeitsökonomie in den sozialen Medien verbindet.

Nikolai Schreiter widmet sich den argumentativen Figuren des »Ausnahmejuden« und des »jüdischen Kronzeugen«, die dazu dienen, Antisemitismus in gesellschaftlichen Kontexten zu rationalisieren, in denen seine direkte Artikulation sanktioniert wird. In einem ersten Schritt werden theoretische Überlegungen zu den »Ausnahmejuden« bei Hannah Arendt, Jean-Paul Sartre und in der Kritischen Theorie rekonstruiert. Dabei wird etwa mit Adorno gezeigt, dass die Unterscheidung von »schlechten« und »guten« Juden, von denen der Antisemit einige als »beste Freunde« hat, nicht nur der Selbstlegitimierung dient, sondern zugleich eine Kompromissbildung im psychoanalytischen Sinne ermöglicht, die zwischen antisemitischen Impulsen, gesellschaftlichen Normen und persönlichen Erfahrungen vermittelt. Anschließend werden die Figuren anhand von Beispielen aus dem Rechtspopulismus und dem Coronaleugner*innen-Milieu untersucht. So sei in Teilen des Rechtspopulismus eine vermeintlich prozionistische Wende zu beobachten. Israel werde hier zum letzten souveränen Staat stilisiert, der seine Identität erfolgreich verteidigt, und damit als »Ausnahmejude« von der antisemitischen Zuschreibung von Nicht-Identität ausgenommen. Das ermögliche es, sich gegen den Vorwurf zu verteidigen, die eigene Kritik an »Eliten« und »Globalisten« sei antisemitisch, und den Antisemitismus in Form des Antizionismus ausschließlich bei Linken und Muslimen wahrzunehmen. Am Beispiel des Coronaleugner*innen-Milieus wird gezeigt, wie dort eine antisemitisch konnotierte »Impf-Kritik« mit dem Verweis legitimiert wird, dass diese auch von tatsächlich oder vermeintlich jüdischen Personen vorgetragen werde.

Jennifer Stevens beginnt mit der Beobachtung, dass apokalyptische Motive im rechten Denken eine zentrale Rolle spielen. Im Rechtspopulismus werde der Untergang des Eigenen gefürchtet, von Rechtsextremen werde er herbeigesehnt. In beiden Fällen diene die apokalyptische Rhetorik dazu, zum Handeln zu motivieren. Stevens grenzt sich von der Tendenz der Forschung ab, moderne Formen der Apokalypik auf ihre vormodernen Ursprünge oder auf ein anthropologisch verankertes religiöses Bedürfnis zurückzuführen, aber auch von diskurstheoretischen Zugängen, welche von den Strukturen und Subjektformen der bürgerlichen Gesellschaft abstrahieren. Stattdessen schlägt sie in der Tradition der Kritischen Theorie eine sozialpsychologische und gesellschaftstheoretische Lesart der völkischen Apokalypik vor. Ihre Genese wird am Beispiel der deutschen Romantik und des deutschen Nationalismus untersucht, die sich in Abgrenzung zur bürgerlichen Aufklärung und zur französischen Revolution herausbilden. Anhand der Analyse von Tex-

ten von Ernst Moritz Arndt, Johann Gottlieb Fichte und Heinrich von Kleist wird gezeigt, wie diese versuchen, den für die bürgerliche Gesellschaft konstitutiven Widerspruch zwischen Partikularismus und Universalismus nicht mehr durch eine religiös begründete Heilserwartung zu verarbeiten, sondern in der diesseitigen Einheit und Ewigkeit des Volkes aufzulösen.

Felix Sassmannshausen entwickelt ausgehend von den Arbeiten Franz Neumanns eine Kritik an Carl Schmitts völkischem Demokratiebegriff, der bis heute weit über neurechte und konservative Kreise hinaus theoretisch einflussreich ist. Schmitt versteht Demokratie im Anschluss an Rousseau als Herrschaft des Allgemeinwillens (»volonté générale«), der auf der substanziellen Gleichartigkeit der Gesellschaftsmitglieder, der Identität von Herrschenden und Beherrschten und der Ausscheidung des Heterogenen beruhe. Parlamentarismus und Gewaltenteilung würden der liberalistischen Epoche angehören und seien in der modernen Demokratie dysfunktional geworden, weil sie deren identitären Kern aushöhlen. Jüdinnen und Juden konstruiert Schmitt in antisemitischer Manier als »absolute Feinde«, da sie für ihn die identitätszersetzende Herrschaft des modernen Rechts repräsentieren. Im zweiten Teil wird mit Neumann der widersprüchliche Doppelcharakter der liberalen Demokratie herausgearbeitet: sie sei allgemeine Herrschaft des Gesetzes und zugleich durch den Einfluss strukturell ungleich mächtiger Interessengruppen bestimmt. Schmitts Ideal von einem homogenen Volk und einer allmächtigen Exekutive begreift Sassmannshausen als »ideologische Schiefheilung« dieses Widerspruchs.

Paul Stegemann untersucht in seinem Beitrag die Vorgeschichte der Theorie des Autoritären Charakters anhand der Frühschriften Wilhelm Reichs und Erich Fromms. Wilhelm Reich, der in den 1920er Jahren in Wien zur psychoanalytischen Bewegung stößt, entwickelt bald ein Interesse an den gesellschaftlichen Ursachen psychischer Leiden, das auch zu seiner Politisierung beiträgt. Die Entwicklung von Neurosen und destruktiven Neigungen führt er auf Libidostauung zurück, verursacht von einer repressiven Sexualmoral. Das Verhältnis von Psychoanalyse und Marxismus versucht er theoretisch zu bestimmen, indem er die materialistische Grundlage beider Strömungen herausstellt. Anfang der 1930er Jahre verfasst Reich in Berlin die *Massenpsychologie des Faschismus*. Während der zeitgenössische orthodoxe Marxismus den Nationalsozialismus als vorübergehende Erscheinung verharmlost, gelangt er zu der Einsicht, dass die durch die Familie vermittelte Sexualhemmung in der Arbeiterklasse eine Empfänglichkeit für faschistische Propaganda erzeugt und sie dazu bringt, gegen ihr materielles Interesse zu handeln. Methodologisch bleibt Reich allerdings der Personalpsychologie verhaftet. Dagegen bemüht sich Erich Fromm seit den 1930er Jahren eine psychoanalytische Sozialpsychologie zu begründen, welche die Vermittlung von Individuum und Gesellschaft genauer zu fassen versucht. Gegenstand der Sozialpsychologie seien nicht psychische Leiden, sondern die von einer gesellschaftlichen Gruppe geteilten

Bewusstseinsformen. Diesen entspreche eine spezifische psychologische Struktur, die wiederum aus der jeweiligen sozialökonomischen Situation zu erklären sei. In mehreren Aufsätzen für die Zeitschrift für Sozialforschung arbeitet Fromm seine Programmatik weiter aus und lässt sie in die Konzeption der empirischen »Arbeiter- und Angestelltenstudie« des IfS einfließen.

Im abschließenden Beitrag arbeitet Jan Rickermann, ausgehend von Herbert Marcuses Aufsatz »Der Kampf gegen den Liberalismus in der totalitären Staatsauffassung«, die Grundzüge eines Denkens heraus, das er als politischen Existenzialismus charakterisiert. Marcuse habe sich in seinen frühen Texten an einer Synthese von marxistischer Revolutionstheorie und der Fundamentalontologie Martin Heideggers versucht, von der er sich eine Neubegründung des zunehmend dogmatisch gewordenen Marxismus erhoffte. Später habe sich Marcuse von Heideggers Philosophie distanziert und eine grundlegende Kritik am politischen Existenzialismus formuliert, den er als Grundelement des »heroisch-völkischen Realismus« betrachtet und geschichtsphilosophisch als Ausdruck der Krise des bürgerlichen Liberalismus deutet. Als Grundelemente des »heroisch-völkischen Realismus« identifiziere Marcuse die Beschwörung eines neuen heroischen Menschentypus, der gegen die technifizierte und rationalistische Leere der bürgerlichen Welt aufbegehrt, und die Forderung nach bedingungsloser Unterordnung des Individuums unter schicksalhafte Kräfte wie »Natur«, »Leben« und »Volk«. Im zweiten Teil des Aufsatzes verfolgt Rickermann die Spuren des politischen Existenzialismus in die Gegenwart. Sie finden sich nicht nur bei Theoretikern der Neuen Rechten, sondern auch in der postmodernen Linken, etwa bei Chantalle Mouffe und Giorgio Agamben, die kritische Gesellschaftstheorie durch eine irrationalistische Sozialontologie ersetzen, welche gesellschaftsverändernde Praxis nur als grundloses Aufbegehren zu denken vermag.

Zum Schluss möchte ich meinen Dank aussprechen: an alle Autorinnen und Autoren des Bandes, deren Texte demonstrieren, was die Kritische Theorie zum Verständnis der Gegenwart beitragen kann; an Frank Adloff, der mich zu dem Projekt ermutigt und es großzügig unterstützt hat; an Lilli von der Ohe, Ani Roepert, Maria Holl und Moritz Kuhles, die mich bei unterschiedlichen Schritten der Manuskriptbearbeitung geduldig unterstützt haben. Besonders danken möchte ich Oliver Vornfeld, dessen genaue Korrekturen und kluge inhaltliche Hinweise entschieden zur Gesamtqualität des Bandes beigetragen haben.

Leo Roepert, Hamburg, Oktober 2023

Literatur

- Adorno, Theodor W. (1995 [1950]): Studien zum autoritären Charakter. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Adorno, Theodor W. (2003 [1942]): Reflexionen zur Klassentheorie. In: Ders.: Soziologische Schriften 1, hg.v. Tiedemann, Rolf. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 373–391.
- Adorno, Theodor W. (2003 [1950]): Spengler nach dem Untergang. In: Ders.: Gesammelte Schriften 10, 1, hg.v. Tiedemann, Rolf. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 47–71.
- Amlinger, Carolin/Nachtwey, Oliver (2022): Gekränkte Freiheit. Aspekte des libertären Autoritarismus. Berlin: Suhrkamp.
- Beyme, Klaus von (2018): Rechtspopulismus. Ein Element der Neodemokratie? Wiesbaden: Springer VS.
- Decker, Frank (2017): Populismus und Extremismus in Europa. Eine Gefahr für die Demokratie? In: Brömmel, Winfried/König, Helmut/Sicking, Manfred (Hg.): Populismus und Extremismus in Europa. Gesellschaftswissenschaftliche und sozialpsychologische Perspektiven. Bielefeld: transcript, S. 43–61.
- Decker, Oliver/Weißmann, Marliese/Kiess, Johannes/Brähler, Elmar (Hg.) (2010): Die Mitte in der Krise. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2010. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Decker, Oliver/Brähler, Elmar (Hg.) (2018): Flucht ins Autoritäre. Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft. Gießen: Psychosozial-Verlag.
- Deutschlandfunk (2023): Europawahl 2024. Greifen Rechtsextreme nach der Macht in Europa? <https://www.deutschlandfunk.de/afd-rechtsextremisten-rechtspopulisten-europa-parlament-wahl-102.html> (Abfrage: 27.10.2023).
- Dörre, Klaus (2018): In der Warteschlange. Rassismus, völkischer Populismus und die Arbeiterfrage. In: Becker, Karina/Dörre, Klaus/Reif-Spirek, Peter (Hg.) (2018): Arbeiterbewegung von rechts? Ungleichheit – Verteilungskämpfe – populistische Revolte. Frankfurt am Main: Campus, S. 49–80.
- Dubiel, Helmut/Söllner, Alfons (1981): Die Nationalsozialismusforschung des Instituts für Sozialforschung – ihre wissenschaftsgeschichtliche Stellung und ihre gegenwärtige Bedeutung. In: Horkheimer, Max/Pollock, Friedrich/Neumann, Franz/Gurland, Arkadij/Marcuse, Herbert: Wirtschaft, Recht und Staat im Nationalsozialismus. Analysen des Instituts für Sozialforschung 1939–1942, hg.v. Dubiel, Helmut/Söllner, Alfons. Frankfurt a.M.: Europäische Verlagsanstalt, S. 7–32.
- Eribon, Didier (2016): Rückkehr nach Reims. Berlin: Suhrkamp.
- Fraser, Nancy (2017): Vom Regen des progressiven Neoliberalismus in die Traufe des reaktionären Populismus. In: Geiselberger, Heinrich (Hg.): Die große Regression. Eine internationale Debatte über die geistige Situation der Zeit. Berlin: Suhrkamp, S. 77–92.

- Frindte, Wolfgang/Geschke, Daniel/Haußecker, Nicole/Schmidtke, Franziska (2016): Ein systematisierender Überblick über Entwicklungslinien der Rechtsextremismusforschung von 1990 bis 2013. In: Dies. (Hg.): Rechtsextremismus und »Nationalsozialistischer Untergrund«. Interdisziplinäre Debatten, Befunde und Bilanzen. Wiesbaden: Springer, S. 25–98.
- Fromm, Erich (1989 [1932]a): Über Methode und Aufgabe einer analytischen Sozialpsychologie. Bemerkungen über Psychoanalyse und historischen Materialismus. In: Ders.: Gesamtausgabe 1, hg.v. Funk, Rainer. München: dtv, S. 37–58.
- Fromm, Erich (1989 [1932]b): Die psychoanalytische Charakterologie und ihre Bedeutung für die Sozialpsychologie. In: Ders.: Gesamtausgabe 1, hg.v. Funk, Rainer. München: dtv, S. 59–78.
- Fromm, Erich (1989 [1936]): Studien über Autorität und Familie. Sozialpsychologischer Teil. In: Ders.: Gesamtausgabe 1, gg. v. Funk, Rainer. München: dtv, S. 141–187.
- Goodhart, David (2017): The road to somewhere. The new tribes shaping British politics. London: Penguin Books.
- Heitmeyer, Wilhelm (Hg.) (2002–2012). Deutsche Zustände. Folge 1–10. Frankfurt a.M./Berlin: Suhrkamp.
- Horkheimer, Max (1987 [1970]): Vernunft und Selbsterhaltung. In: Ders.: Gesammelte Schriften 5, hg.v. Schmid Noerr, Gunzelin. Frankfurt a.M., Fischer, S.320–350.
- Horkheimer, Max (1990 [1947]): Zur Kritik der instrumentellen Vernunft. Frankfurt a.M.: Fischer.
- Horkheimer, Max (2009 [1939]): Die Juden und Europa. In: Ders.: Gesammelte Schriften 4, hg.v. Schmidt, Alfred. Frankfurt a.M.: Fischer, S. 308–331.
- Horkheimer, Max/Adorno, Theodor W. (2008 [1947]): Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente. Frankfurt a.M.: Fischer.
- Inglehart, Ronald/ Norris, Pippa (2016): Trump, Brexit, and the Rise of Populism: Economic Have-Nots and Cultural Backlash. In: SSRN Journal 1, 2016.
- Jay, Martin (1991): Dialektische Phantasie. Die Geschichte der Frankfurter Schule und des Instituts für Sozialforschung 1923–1950. Frankfurt a.M.: Fischer.
- Jörke, Dirk/Selk, Veith (2017): Theorien des Populismus zur Einführung. Hamburg: Junius.
- Jörke, Dirk/Nachtwey, Oliver (2017): Die rechtspopulistische Hydraulik der Sozialdemokratie. Zur politischen Soziologie alter und neuer Arbeiterparteien. In: Dies. (Hg.): Das Volk gegen die (liberale) Demokratie. Baden-Baden: Nomos, S. 163–186.
- Koppetsch, Cornelia (2019): Die Gesellschaft des Zorns. Rechtspopulismus im globalen Zeitalter. Bielefeld: transcript.
- Löwenthal, Leo (1982 [1949]): Falsche Propheten. Studien zur faschistischen Agitation (Schriften 3). Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

- Merkel, Wolfgang (2017): Kosmopolitismus versus Kommunitarismus: Ein neuer Konflikt in der Demokratie. In: Harfst, Philipp/Kubbe, Ina/Poguntke, Thomas (Hg.): *Parties, Governments and Elites*. Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 9–23.
- Mouffe, Chantal (2017): *Über das Politische. Wider die kosmopolitische Illusion*. Berlin: Suhrkamp.
- Mouffe, Chantal (2018): *Für einen linken Populismus*. Berlin: Suhrkamp.
- Mudde, Cas (2004): *The Populist Zeitgeist*. In: *Government and Opposition* 39, 4, S. 541–563.
- Mudde, Cas/Kaltwasser, Cristóbal R. (2017) : *Populism. A very short introduction*. Oxford, New York: Oxford University Press.
- Müller, Jan-Werner (2016): *Was ist Populismus? Ein Essay*. Berlin: Suhrkamp.
- Neumann, Franz L. (2004 [1942]): *Behemoth. Struktur und Praxis des Nationalsozialismus 1933–1944*. Frankfurt a.M.: Fischer.
- Pollock, Friedrich (1981 [1941]a): *Staatskapitalismus*. In: Horkheimer, Max/Pollock, Friedrich/Neumann, Franz/Gurland, Arkadij/Marcuse, Herbert: *Wirtschaft, Recht und Staat im Nationalsozialismus. Analysen des Instituts für Sozialforschung 1939–1942*, hg.v. Dubiel, Helmut/Söllner, Alfons. Frankfurt a.M.: Europäische Verlagsanstalt, S. 81–110.
- Pollock, Friedrich (1981 [1941]b): *Ist der Nationalsozialismus eine neue Ordnung?* In: Horkheimer, Max/Pollock, Friedrich/Neumann, Franz/Gurland, Arkadij/Marcuse, Herbert: *Wirtschaft, Recht und Staat im Nationalsozialismus. Analysen des Instituts für Sozialforschung 1939–1942*, hg.v. Dubiel, Helmut/Söllner, Alfons. Frankfurt a.M.: Europäische Verlagsanstalt, S. 111–128.
- Reckwitz, Andreas (2017): *Die Gesellschaft der Singularitäten. Zum Strukturwandel der Moderne*. Berlin: Suhrkamp.
- Roepert, Leo (2022a): *Die konformistische Revolte. Zur Mythologie des Rechtspopulismus*. Bielefeld: transcript.
- Roepert, Leo (2022b): *Die globalistische Elite gegen das Volk. Antisemitismus und rechtspopulistisches Elitenbild*. In: Ders. (Hg.): *Antisemitismus als Code. Forschung, Prävention, Intervention*. (Aschkenas. Zeitschrift für Geschichte und Kultur der Juden 32, 2), S. 279–301.
- Voller, Christian (2022): *In der Dämmerung. Studien zur Vor- und Frühgeschichte der Kritischen Theorie*. Berlin: Matthes & Seitz.